

«ST.GALLER KLIMAFONDS»

Medienkonferenz zum Start der Unterschriftensammlung
Donnerstag, 18. November 2021, 8.30 Uhr, Stadthofsaal Rorschach



Votum Chiara Gerster, Vorstand JUSO Kanton St.Gallen

«DER KLIMAFONDS FÜR DIE ZUKUNFT!»

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Klimakrise ist kein neues Phänomen. Bereits 1986 warnte die Deutsche Physikalische Gesellschaft vor ihr. Falls sich das Weltklima um mehr als ein Grad erwärme, sei mit schwerwiegenden negativen Konsequenzen zu rechnen. Trotzdem stiegen die Temperaturen seither rasant. 2014 wurden die global höchsten Jahrestemperaturen gemessen. Es war das wärmste Jahr seit dem Beginn regelmässiger Klimaaufzeichnungen. Diesen Titel des wärmsten Jahres übernahm 2015. Dann 2016. Die Ein-Grad-Marke wurde überschritten. Und die Deutsche Physikalische Gesellschaft behielt Recht: Im Sommer 2020 wüteten in Kalifornien Waldbrände und ein Jahr später stand Deutschland unter Wasser.

Die Klimakrise ist in vollem Gange und betrifft uns alle. Es ist wichtig, die bereits realen von der Klimakrise ausgelösten Katastrophen als finalen Weckruf zu sehen, um zu handeln, statt die Erde als „eh schon verloren“ aufzugeben. Denn wir können und müssen handeln. Und zwar jetzt. Wir müssen sofort Massnahmen ergreifen, damit weitere Katastrophen verhindert werden können. Damit wir uns eine lebenswerte Zukunft sichern können. Und damit meine Generation nicht auf weitere 30 Jahre zurückblicken muss, in denen nicht gehandelt wurde - obwohl wir ganz genau über die Klimakrise Bescheid wussten.

Aus Sicht der JUSO ist zwar klar, dass die Klimakrise im jetzigen System nicht aufgehalten werden kann. Trotzdem müssen wir jetzt dringend mit allen möglichen Mitteln gegen die Erhitzung der Atmosphäre ankämpfen. Aus Solidarität mit den Menschen, die schlechter leben als wir, und den Menschen, die nach uns kommen. Gerade die Unwägbarkeiten der Klimaentwicklung und die Unsicherheit der Prognosen sind ein Argument für den Kampf um jedes Zehntelgrad. Das schulden wir den jungen Menschen von heute und morgen, die eine Zukunft auf dem Planeten brauchen.

Eine mögliche Massnahme in diese Richtung ist ein kantonaler Klimafonds, weshalb wir mit der SP, dem Klimastreik und weiteren Partner*innen zusammen die Klimafonds-Initiative *eingereicht* haben. Diese ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung klimaneutrales St.Gallen. Denn durch die Initiative können rasch Massnahmen ergriffen und der klimapolitische Stillstand in unserem Kanton kann verhindert werden. St.Gallen hat nun die Möglichkeit, endlich zu handeln, was der Kanton bisher - angesichts der dringlichen Situation - nur zögerlich bis gar nicht getan hat. Mit einem Eigenkapital von über 1,3 Mrd. Franken und einem besonderen Eigenkapital von 260 Mio. Franken, kann der Kanton St.Gallen 100 Millionen Franken locker entbehren, wenn es darum geht, dem Kollaps unseres Klimas entgegenzuwirken. Mehr als locker, wenn man bedenkt, dass die Klimakrise - wenn wir jetzt nicht handeln - auf lange Sicht weit mehr Geld kostet.

Indem Geld für den Ersatz von fossilen Heizanlagen durch klimaneutrale Anlagen und die energetische Sanierung von Gebäudehüllen eingesetzt wird, wird in diesem Punkt weniger auf Eigenverantwortung gesetzt. Denn das Aufhalten der Klimakrise ist nicht nur die Aufgabe und dadurch Eigenverantwortung einzelner Individuen, sondern unsere gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung und somit auch die Verantwortung des Bundes und der Kantone. Ein Gebäude, das klimafreundlich geheizt und saniert ist, kommt der gesamten Gesellschaft zugute, und sollte

deshalb auch nicht alleine von Einzelpersonen bezahlt werden müssen. Und genau da würde der Klimafonds helfen und so ein Stück Klimagerechtigkeit schaffen.

Die Klimakrise ist die grösste Krise unserer Zeit. Wir müssen alles daransetzen, dass die heutigen Wissenschaftler*innen in 30 Jahren nicht bloss frustriert „ich habe es ja gesagt“ ausrufen können, wie es die Deutsche Physikalische Gesellschaft von 1986 heute wohl tut. Dafür steht nun zu viel auf dem Spiel: Nämlich unsere Zukunft! Wir können und dürfen es uns gar nicht leisten, diese 100 Millionen nicht in den Klimaschutz zu investieren.

Es gilt das gesprochene Wort.